

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 3. August 2000

Der souveräne Staat Palästina lässt auf sich warten von Reiner Bernstein

Die Hürden lagen zu hoch. Dem Anstoß von außen, der den Erfolg durchsetzen sollte, fehlte im Innern die politische Reife. Das Gipfeltreffen von Camp David, das im Juli die Weltöffentlichkeit heftig bewegte, blieb ein Zwischenschritt auf dem weiteren Weg des Interessenausgleichs zwischen Israelis und Palästinensern. Der Konflikt sollte mit dem Federstrich dreier Unterschriften weit ab vom Geschehen unwiderruflich beendet werden. Nach sechzehn Tagen zerbrach die Illusion, die hundertjährige Konfrontation in einer hermetisch abriegelten Klausur begraben zu können. Zwar wollen Ehud Barak und Jassir Arafat die Verhandlungen wiederaufnehmen, doch ob sie nach dem Desaster greifbare Ergebnisse austragen, erscheint eher zweifelhaft. In Amerika herrscht Wahlkampfstimmung, im Nahen Osten schwanken die Stimmungen zwischen Frustration und Genugtuung.

Wie Jimmy Carter in den siebziger Jahren, als es um den Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten ging, hatte Bill Clinton erstaunlich viel Zeit in das Unternehmen investiert, der Neuauflage von Camp David zum Durchbruch zu verhelfen. Doch als 1978 der israelisch-ägyptische Friedensvertrag unterschrieben wurde, saßen sich die Chefs zweier souveräner Staaten gegenüber, während den anschließenden Autonomiegesprächen der israelische Libanonkrieg gegen die Palästinenser folgte. Es schien, als ob sich Clinton noch einmal den Essay des ehemaligen Unterstaatssekretärs George W. Ball „How to save Israel of herself“ vorgenommen und zur Doppelstrategie erweitert habe, die Konfliktparteien vor sich selbst zu retten. Aber weder verklausulierte Drohungen noch verordnete Nachtsitzungen waren in der Lage, die Selbsttäuschung über die Qualität der hundertjährigen Konfrontation in einen Erfolg umzumünzen. Das angeschlagene Prestige des Präsidenten wird seinen Amtsnachfolger wohl dazu veranlassen, die amerikanische Nahost-Politik auf einem niedrigeren Niveau neu zu gewichten, um einem weiteren Fiasko zu entgehen. Spannend wird es, wie sich die Europäer gegenüber dem aktuellen palästinensischen Wunsch nach Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen und bei der Welthandelsorganisation verhalten. Ob sie sich der Dominanz der Amerikaner im Vorderen Orient weiter beugen werden, deren Grenzen soeben nachdrücklich vorgeführt wurden? Die Kennzeichnung der Barakschen Kompromissbereitschaft als „weitgehend“ oder gar „großzügig“ könnte sich dann für Arafat als Bumerang erweisen.

Polarisierung der öffentlichen Meinung in Israel

Ausgerechnet auf dem Rathausplatz in Tel Aviv, auf dem Yitzhak Rabin vor fünf Jahren ermordet worden war, fand der machtvollste Protest gegen Baraks „Verzichtspolitik“ statt; dass die Ultraorthodoxie fehlte, war vor allem auf die mangelnden Vorkehrungen zurückzuführen, Männer und Frauen getrennt demonstrieren zu lassen. Die Polarisierung der öffentlichen Meinung wird in Kürze Neuwahlen erzwingen, die einem Plebiszit über den Kurs des Premiers gleichkommen. Waren seine früheren Gelöbnisse im Blick auf Judäa und Samaria lediglich ein opportunistisches Lippenbekenntnis zur Sicherung seiner heterodoxen Koalition, das den diplomatischen Herausforderungen nicht standhielt? Mochte der Vorwurf von Arroganz und politischer Unerfahrenheit auch zutreffen – völlig abwegig war die Vorstellung, dass Barak der Öffentlichkeit vorab seine Verhandlungstaktik offenbaren konnte; denn im Strudel der publizistischen Kritik wäre sie umgehend zerredet worden.

Trotz ihres erfolgreichen Widerstandes werden die nationalreligiösen Kräfte nach den weitreichenden territorialen Zugeständnissen ihres Premiers darüber nachzudenken haben, ob ihr monistisches Verständnis der heiligen Triade Volk-Thora-Land, das sich gegen den Sturm der jüdischen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen stemmt, auf neue ideologische Grundlagen gestellt werden muss. Zur Debatte steht wieder einmal die Frage, ob Israel weitgehend ein Staat wie jeder andere ist oder eine einzigartige Identität reklamieren kann, die sich allein aus dem Bewusstsein seiner Erwählung am Sinai, der Landverheißung und den Erfahrungen der Shoah speist. Wollte Barak den Staat künftig auf das Land der Philister in der Küstenebene beschränken, wo die jüdischen Wurzeln spärlich und die Quellen dünn sind, fragte ein führender Repräsentant der Groß-Israel-Bewegung. Seine Befürchtungen nährten sich aus der Absicht Baraks zur Anerkennung der palästinensischen Ebenbürtigkeit und zur notwendigen Demontage ideologischer Kontinuitätslinien seit 1967, auch wenn er umgehend den Preis nannte, an dem es keinen Rabatt geben werde: die Sicherheit, die Heiligkeit und die Einheit Israels. Schon während der Verhandlungen lag der Knesset ein Gesetzentwurf zur sofortigen Annexion der Siedlungen vor. Im Widerstand gegen Baraks politisches Vorhaben leuchtete der Entscheidungskampf zwischen Religion und Säkularismus, zwischen Mythos und Rationalität auf; wie einst Rabin, so schlugen dem Premier Morddrohungen entgegen.

Die Hamas-Anhänger in der Westbank und im Gazastreifen zeigten sich über den Fehlschlag ebenfalls befriedigt. Sie teilten die Genugtuung mit arabischen Regierungen – von populistischen Stimmungen ganz zu schweigen –, die Arafats ambivalente Unnachgiebigkeit priesen, weil sie ein weiteres Rahmenabkommen verhindern wollten, dem neue politische Ungewissheiten innewohnen würden; Barak hing das Odium der eigenwilligen Interpretation der Osloer Vereinbarungen nach, das besonders Benjamin Netanjahu auf sich gezogen hatte, der den völkerrechtlichen Grundsatz „pacta sunt servanda“ zu missachten neigte. Wie lange der Triumph bei Arafat anhält, wird sich dann erweisen, wenn die gewaltige Entscheidung ansteht: Kann er es wagen, im Herbst den Staat Palästina auszurufen? Wird dieser mehr sein als ein Torso und damit Fremdeinwirkungen ohnmächtig ausgesetzt? Im Ernstfall könnten die Palästinenser nie auf arabische Hilfe bauen. Ein schwerwiegender Fehler wäre es, wenn Arafat bei einem Verhandlungsstillstand in den kommenden Wochen Zuflucht zu dem früher in Israel in Gegenrichtung gehörten Slogan nähme, dass die Juden ob ihrer Intransigenz nur die Sprache der Gewalt verstünden.

Eine im Streit erfolgte Ausrufung des Staates muss gegen schwer kalkulierbare Risiken abgewogen werden. Nach der Ablehnung der Barakschen Verhandlungsangebote würde die überwältigende Mehrheit der israelischen Bevölkerung dem Premier den Rücken stärken, wenn er Arafats einseitigen Entschluss mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln vereitelte – mit förmlichen Teilannexionen und der gewaltsamen Unterdrückung von Demonstrationen, die die israelische Interpretation der öffentlichen Ordnung gefährden. Die in viele Fraktionen zersplitterte Opposition der linken Mitte, deren Präferenz für einen Staat Palästina geeilt ist, hat diesen Reaktionen wenig entgegenzusetzen.

Religiös überhöhter nationaler Ehrgeiz

Die politische Dramatik trägt mithin alles andere denn Züge eines technischen Krisenmanagements, das die schwere ideologische Bürde eines religiös überhöhten nationalen Ehrgeizes schon hinter sich weiß. Wenn sich die diplomatische Aufmerksamkeit besonders auf Jerusalem zuspitzte, so war dies weniger darauf zurückzuführen, dass die übrigen Konfliktpunkte nachgeordnete Beachtung verdienen. Vielmehr symbolisierte

die Blickrichtung die emphatische Bedeutung der heiligen Stadt für die drei monotheistischen Weltreligionen. Israel hatte dem Status von Jerusalem als der „ungeteilten und ewigen Hauptstadt“ des jüdischen Volkes 1980 den Rang eines „Grundgesetzes“ verliehen, das sich nur mit Zweidrittelmehrheit außer Kraft setzen lässt, während Arafats Proklamation des virtuellen Staates Palästina von 1988 den Namen Gottes bemühte. Kairo ließ ausrichten, jede Vereinbarung über die Stadt unterliege der gesamtarabischen Zustimmung. Es rächte sich, dass die Prinzipienklärung dem Paradigmenwechsel in der Region – der Renaissance des Religiösen als Abkehr vom Politischen – keine Rechnung trug, so dass jene Kräfte, die den Regierenden die Legitimität ihres Handelns absprechen, an Boden gewonnen haben.

Der von Clinton erzeugte Druck auf Barak, die altbekannten „roten Linien“ aufzugeben, lief auf das späte Eingeständnis hinaus, dass die Osloer Impulse nicht die Empfindungen der Menschen und ihre politischen Erwartungen getroffen hatten. Besonders aus palästinensischer Sicht waren die Ergebnisse weit hinter der nationalen Unabhängigkeit zurückgeblieben, so dass der Verhandlungstau der letzten Jahre bei gleichzeitig fortgesetzter Siedlungstätigkeit den Eindruck verstärkte, die Asymmetrie zwischen beiden Seiten solle festgeschrieben werden. Deshalb sind die Palästinenser heute nicht mit weniger zufrieden als mit dem gesamten Westjordanland und dem Gazastreifen, wenn sie schon gezwungen sein sollen, für ihren Staat eine territoriale Neudefinition zu akzeptieren, die nur wenig mehr als zwanzig Prozent des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästinas ausmacht. Auch kann Arafat mit seinem bescheideneren Verlangen analog zum israelischen Rückkehrgesetz, das jedem Juden das Recht auf Erwerb der Staatsbürgerschaft Israels zuspricht, nicht auf das Prinzip des Rückkehrrechts für die rund 1,3 Millionen Palästinenser, die Flüchtlinge von 1948 und 1967 oder deren Nachkommen sind, verzichten, obwohl seine Realisierung unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde; allein wirtschaftlich wäre der neue Staat bei der Aufgabe ihrer Integration vollständig überfordert.

Wenn also die Konfliktpotentiale fortleben, so haben manche Tabus die ermüdenden Sitzungsrunden nicht überstanden, denn erstmals stehen die Kernprobleme wie selbstverständlich auf der Tagesordnung; ihre Klärung wird sich nicht auf Dauer verschieben lassen. Nicht zufällig hieß ein in Camp David besonders häufig gebrauchtes Wort „Souveränität“. Die dem Interimsabkommen vom September 1995 anhaftende Charakteristik der Landrückgabe „ein Dunam hier, ein Dunam dort“ gehört der Vergangenheit an; würde diese Taktik fortgesetzt, könnten sich Befürchtungen bewahrheiten, dass die Gewalt in Routine umschlägt.

Hinzu kommt, dass die Veränderungen im öffentlichen Klima Israels unübersehbar sind. In der Öffentlichkeit ist seit Monaten die offene Diskussion um die Etablierung eines palästinensischen Staates voll im Gange. Die Presse veröffentlichte immer neue Bruchstücke aus Textentwürfen, die Kommentare dokumentierten nicht länger überwiegend Empörung, sondern übten sich in Nachdenklichkeit und Zustimmung, so dass sich der den nationalen Konsens strapazierende Widerstand gegen einen palästinensischen Staat auf dem Rückzug befindet. Amos Oz wagte sich weit vor, als er die Anerkennung der „palästinensischen Tragödie“ von 1948 verlangte. Hatte Baraks Vertrauter Ramon noch vor kurzem die Rückkehr eines einzigen Flüchtlings nach Israel mit dem Untergang des jüdischen Staates gleichgesetzt, so wird heute über Möglichkeiten einer großzügigen „Familienzusammenführung“ gesprochen.

Mit dem aktuellen Scheitern einer akzeptablen Definition des künftigen Verhältnisses zwischen beiden Gemeinwesen steht die weithin vertretene Perspektive der getrennten nationalen Wege wieder zur Diskussion; in Camp David erlitt sie Schiffbruch, weil die Komplexität der Entflechtung

beider Völker unterschätzt oder die Hoffnung strapaziert wurde, den Verhandlungspartner politisch überspielen zu können. Schon in den vergangenen Jahren hatten sich immer häufiger binationale Ideen zu Wort gemeldet, die an längst vergangene Zeiten erinnerten. Zum einen haften manchen diesen Optionen die Vorstellung an, dass sich das Rad der Geschichte zurückdrehen lassen, wenn sie die enormen sozioökonomischen Gräben und kulturellen Distanzen übersahen, die die Palästinenser bei Fortdauer der gegenwärtigen Asymmetrie zu Verlierern stempeln würden; das Beispiel des zweitrangigen Status von rund einer Million israelischer Bürger arabischer Volkszugehörigkeit deutet die Konsequenzen an. Zum anderen hielt der heutige Justizminister Yossi Beilin ein solches Gemeinwesen in tausend Jahren für möglich; bis dahin wollte er es aus einer zionistischen Position verhindern. Für Shimon Peres war die Idee schon aus demographischen Gründen eine Tragödie: „Wir brauchen einen Palästinenserstaat, um den Judenstaat zu erhalten. Ohne einen Palästinenserstaat wäre ein binationaler Staat nicht zu vermeiden.“

Doch trotz der Bedenken aus Politikermunde gewannen solche intellektuellen Modelle eine verblüffende Dynamik: Das von der geringen Größe des Landes und der engen räumlichen Nachbarschaft bestimmte Leben von Juden und Arabern erlaube keine Trennung, lautete die Begründung. Für den Soziologen Meron Benvenisti, den in palästinensischen Augen einflussreichsten „Binationalisten“, war das Gebiet zwischen Jordan und Mittelmeer zwar politisch, nicht jedoch physisch teilbar, so dass er einen Staat Israel/Palästina aus einer Kombination vertikaler geopolitischer und horizontaler, auf Machtteilung beruhender Elemente vorschlug. Ähnlich skeptisch zur getrennten nationalen Entwicklung äußerten sich der in Harvard lehrende Edward Said und der Damaszener Philosoph Sadik al-Azm, der Hegels List der Geschichte bemühte, die sich aus der jahrzehntelangen Okkupation herauschälen und eine neue, in die Zukunft weisende Realität schaffen würde. Der um keine Provokation verlegene arabische Knesset-Abgeordnete Azmi Bishara empfahl ein jüdisch-israelisches und ein arabisch-palästinensisches System („unit“) mit einem gemeinsamen Parlament, da die Auflösung der jüdischen Siedlungen chancenlos und zwei Nationalstaaten realpolitisch nicht vorstellbar seien. In Wirklichkeit liegen die Alternativen zwischen den verschiedenen Modellen „unitarischer oder binationaler Staat“, „Föderalismus“, „Autonomie“ oder „Teilung“ aus geopolitischen Gründen nicht so weit auseinander, wie allgemein angenommen wird: In allen Fällen muss das künftige Verhältnis mit seinen Komponenten „Jerusalem“, „Zukunft der jüdischen Siedlungen“, „Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge“, „Verteilung des Bodens“, „Nutzung der Wasservorräte“, „Transitstrecken zwischen Westjordanland und Gazastreifen“ und „künftige Grenzziehungen“ in Verträgen kodifiziert werden, die dem kulturellen Charakter der zwei Völker Rechnung tragen.

Palästinensische Intellektuelle stellten zudem in der Zeit geringer verhandlungspolitischer Fortschritte der Idee des eigenen Staates die Suche nach tragfähigen Alternativen gegenüber. Vor allem von Arafats „Staatsobsession“ und seinem allgegenwärtigen autoritären Führungsstil, denen die Entfaltung der palästinensischen Bürgergesellschaft gleichgültig ist, sahen sie sich herausgefordert. Wenn ich Ihnen in Zukunft behilflich sein kann, so werde ich dies gern tun. Die Übertragung des revolutionär-bürokratischen „Tunis-Systems“ gefährde den demokratischen Aufbau. Auf viele Fragen blieben die Antworten aus oder bestanden in Ausflüchten: Wie etwa ist es zu erklären, dass es der „Präsident“ versäumt, die Vorläufige Verfassung zu unterschreiben, die nach zahlreichen Beratungen des Parlaments mittlerweile in einer dritten Version unratifiziert auf seinem Schreibtisch liegt? Würde er der Ankündigung die Tat folgen lassen, seinen „Bruder Abu Mazen“ (Abu Abbas) zum Nachfolger im Amt zu ernennen, obwohl das Wahlgesetz vom Dezember 1995 eindeutige Verfahrensregeln vorgibt – und damit der Nacht-und-Nebel-Aktion in Syrien bei der Ernennung

Bashar al-Assads folgen? Das Wort vom „Neopatrimonialismus“ fand immer wieder frische Nahrung.

Seit langem sieht sich die Autonomiebehörde dem Vorwurf der mangelnden Glaubwürdigkeit ausgesetzt, wenn sie auf internationalem Parkett israelische Verletzungen von kollektiven „Menschenrechten“ beklagt, aber im Innern individuelle „menschliche Rechte“ missachtet. Der Willkür der Sicherheitsdienste fielen im vergangenen Jahr 1999 mehr Palästinenser mit Todesfolge zum Opfer als durch die israelischen Besatzungstruppen und durch die Hand von Siedlern. Würde der palästinensische Staat entgegen früheren Absichtserklärungen in die Völkergemeinschaft eintreten als politisches Gemeinwesen, in dem die Willkür regiert? Das Eingeständnis des Justizministers im Sommer vergangenen Jahres, wonach sich das Rechtswesen in einem katastrophalen Zustand befinde, hat wenig bewirkt. Dies bekamen Ende 1999 die Unterzeichner des Manifests „Das Vaterland ruft!“ zu spüren, die auf Korruption, politische Augenwischerei und Despotismus der Autonomiebehörde aufmerksam machten. Ein Abgeordneter wurde von „Unbekannten“ brutal misshandelt.

Mit drei Flaggen im Internet

Die Schwäche der Nationalstaatsidee im Nahen Osten konzidierten auch die prominenten Anhänger einer Konföderation. Die publizistische Vorlage lieferte im Mai 1999 die Tel Aviver Tageszeitung „Haaretz“ mit den drei Flaggen Israels, Palästinas und Jordaniens auf ihrer Internet-Ausgabe. Der ehemalige Außenminister Abba Eban und Shimon Peres bevorzugten das Modell einer Konföderation à la Benelux – politisch zwischen Jordaniern und Palästinensern, wirtschaftlich zwischen Israelis, Jordaniern und Palästinensern. Aber beide Autoren übergaben die zentrale Komponente der nationalen Unabhängigkeit, auf die im Benelux-Raum trotz aller Verflechtungen nachdrücklich gepocht wird. Die föderative Variante rief außerdem die Erinnerung an die in Israel seit langem favorisierte „jordanische Option“ wach, die an König Husseins frühem Plan einer „Region Palästina“ und einer „Region Jordanien“ im haschemitischen Königreich anknüpfte. Nachdem ein palästinensischer Historiker im Jahr 1985 „eine Million Gründe“ konstatiert hatte, um zwischen einem künftigen palästinensischen Staat und Jordanien engste Beziehungen zu pflegen, schien sich dieses Modell in dem Moment erledigt zu haben, als Hussein im Sommer 1988 den Rückzug aus dem Westjordanland ankündigte: „Jordanien ist nicht Palästina.“ Doch in Meinungsumfragen fand es eine Neuauflage, als der Popularitätsstern Arafats auf Rekordtiefen fiel.

Wissenschaftlern ließen es sich nicht nehmen, in geopolitischen Planspielen immer neue Optionen vorzutragen. So wurden 1997 von israelischen, palästinensischen und britischen Wissenschaftlern in einer gemeinsamen Untersuchung vier Modelle für die Zukunft des Friedensprozesses präsentiert: a) das „Desaster-Szenario“ nach dem Abbruch der Verhandlungen und die daraus resultierenden unabsehbaren Folgen für die gesamte Region; b) das „funktionale Szenario“, bei dem sich die israelische Politik mit ihren Lösungsvorstellungen durchsetzt und Jordanien an der Kontrolle über das Westjordanland teilhaben lässt; c) das „Trennungsszenario“, bei dem Israelis und Palästinenser das Westjordanland untereinander aufteilen, und schließlich d) das „kooperative Szenario“, wonach sich Palästinenser und Jordanier auf einen gemeinsamen Rahmen verständigen. Interessanterweise zeigten sich die Autoren davon überzeugt, es werde keinen israelischen Rückzug aus allen Teilen der besetzten Gebiete geben. Im übrigen konzentrierten sie ihre Studie wie viele Papiere dieser Art vor ihr auf abstrakte Modelle und vertrauten auf die Kategorien von Rationalität und Transparenz, statt die Prägungen durch die Geschichte und auf affektive Bindungen der Kollektive zu betonen. Aber welche Entwürfe einer Schlussvereinbarung auch immer

das Licht der politischen Öffentlichkeit erblicken – vier Konstanten und Perspektiven dürfen aus heutiger Sicht feststehen:

Der nationalreligiöse Anspruch lässt sich nicht einlösen

1. Ohne innenpolitische Vorklärunen wird sich die Zukunft beider Völker nicht regeln lassen. Zur Debatte stehen auf der israelischen Seite die „bitteren Früchte des Zorns“, die im arabischen Bevölkerungsteil als Ergebnis jahrzehntelanger Vernachlässigung und Diskriminierung gewachsen sind und aus denen Konsequenzen gezogen werden müssen; die Klärung dieser Probleme hat Signalcharakter für Fortschritte in den Beziehungen zu den Palästinensern. In deren Gesellschaft steht die Entscheidung über Demokratie und Rechtsstaat an; der Aufbau eines autokratischen Gemeinwesens nach dem Vorbild der arabischen Nachbarn wäre ein Anachronismus und käme schnell zu Fall.
2. Selbst bei einem endgültigen Scheitern des Friedensprozesses ist die Rückkehr der israelischen Streitkräfte in alle Teile des Westjordanlandes und des Gazastreifens unvorstellbar, obwohl mit dieser Drohung zu Zwecken der Abschreckung verschiedentlich gespielt worden ist. Damit lässt sich der nationalreligiöse Anspruch auf das ganze „Land Israel“ politisch nicht einlösen. Die pragmatische Selbstbeschränkung wird vor Jerusalem nicht haltmachen.
3. Die Realisierung eines Staates in Teilen des Westjordanlandes und des Gazastreifens rückt zwar näher, aber ihm werden bis auf weiteres die Insignien der vollen politischen Souveränität und der ökonomischen Lebensfähigkeit aus eigener Kraft fehlen; da er sich nicht auf einen starken arabischen Nachbarn stützen kann, bleibt er auf Israel angewiesen – eine Aussicht, für die der internationalen Politik, allen voran den Vereinigten Staaten von Amerika, ein erhebliches Maß an Mitverantwortung zukommt.
4. Die (kon-)föderative Perspektive mit Jordanien ist nach der symbolischen „Sekunde der nationalen Unabhängigkeit“, in der sich Freiheit und Unabhängigkeit genießen lassen, auf mittlere Frist sehr wahrscheinlich. In diesem Rahmen würden sich für den Prozess der ökonomischen Stabilisierung und für die palästinensische Flüchtlingsfrage erheblich größere Regelungschancen ergeben. Für das Königreich bedeutete er den Abschied von tribalen Traditionen und vom Einfluss der Notablenfamilien.

Die Unbekannte in diesen Rechnungen bleibt die öffentliche Geltung der Religionen. Es ist zu vermuten, dass sich die auf Gewalt setzenden Extremisten auf beiden Seiten marginalisieren lassen, während die Stärke der Religion als kulturelle Abgrenzung und Gegenbewegung der westlich getragenen Globalisierung zu den wichtigen Strukturmerkmalen der künftigen Gesellschaften im Nahen Osten gehören wird. In Israel hat sich eine systemische Instabilität eingestellt, die einen Kommentator zu dem sarkastischen Ausruf veranlasste, selbst König Salomon würde versagen, wenn er diesen Staat regieren sollte.

Auch Arafat stehen innenpolitische Herausforderungen bevor: die Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Skeptiker befürchten, dass ihn die rasche Formierung des palästinensischen Staates dazu veranlassen könnte, die Prioritäten durch Ausweitung und Stärkung seiner bürokratischen Apparate erneut falsch zu definieren und die Fortentwicklung der politischen Institutionen zu vernachlässigen. Dass nicht dies, sondern das Gegenteil geschieht, gehört als Voraussetzung zu dem als „Baraks Window 2000“ apostrophierten Betriebssystem der politischen Ebenbürtigkeit zwischen Israel und Palästina. Diese Voraussetzungen befinden darüber, ob sich die

vielfach angekündigten Tauben des Friedens über Jerusalem zeigen. Die neue Bescheidenheit hat den Satz geprägt: „Wir sollten dem Messias einiges überlassen.“ In beiden Gesellschaften sucht er nach Mehrheiten.
